Gründung eines medizinischen Versorgungszentrums durch ein kommunales Krankenhaus

Sehr geehrter Herr [Name],


1. Wirtschaftliche Betätigung

Ausweislich des dem Schreiben beigelegten Aktenvermerks vertritt [Name] die Auffassung, dass die Absicht zur Gründung einer MVZ in der Rechtsform einer GmbH durch die Krankenhaus [Name] gGmbH unter den Regelungsvoraussetzungen für Einrichtungen nach der NGO stehe. Die Voraussetzungstabelle nach § 108 Abs. 1 Satz 2 NGO, u.a. dass der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt werden könne, müssten nicht erfüllt werden.

Die rechtliche Prüfung des dem Gründungsvorhaben der Krankenhaus [Name] gGmbH zugrunde liegenden Sachverhalts darf jedoch nicht von § 108 Abs. 4 Satz 3 und 4 NGO ausgehend vorgenommen werden. Hierfür wäre es notwendig, dass das neu gegründete Unternehmen vom Landkreis geführt wird. Nach der dargelegten Planung ist dies aber nicht der Fall, sondern die Errichtung des MVZ-Tochterunternehmens erfolgt durch die Krankenhaus [Name] gGmbH und somit lediglich mittelbar durch den Landkreis. Deshalb ist die rechtliche Prüfung des Vorhabens ausgehend von § 109 Abs. 2 NGO vorzunehmen. Ob eine Auslegung der Maßgabenbestimmung in § 109 Abs. 1 Nr. 1 NGO in der Weise zulässig wäre, auf die sich Ihre Auffassung im Weiteren stützt, kann im vorliegenden Fall dahingestellt bleiben.

Ich vertrete die Auffassung, dass die Errichtung eines MVZ durch ein mehrheitlich kommunal getragenes Krankenhaus kommunalverfassungsrechtlich auch dann keinen rechtlichen Bedenken begegnet, wenn die in § 108 Abs. 1 Satz 2 NGO genannten Voraussetzungen - insbesondere die nach Nr. 3 geforderte Subsidiarität - zur Klärung der Zulässigkeitsfrage herangezogen werden müssten. Diese Voraussetzungen sind nach meiner Auffassung bei Gründung eines MVZ in der Rechtsform einer GmbH durch ein Krankenhaus in kommunaler Trägerschaft erfüllbar.
Die nach § 108 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 NGO geforderte Subsidiarität ist gewahrt. Mit der Änderung dieser Vorschrift durch das Gesetz zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindewirtschaftsrechtlicher Vorschriften vom 15.11.2005 (Nds.GVBl. S. 342) hat der Gesetzgeber diese Regelung zu einer echten Subsidiaritätsklausel umgestaltet, d.h. Gemeinden sollen sich nur dann wirtschaftlich betätigen dürfen, wenn keine Leistungspartizipation im Vergleich zu Dritten besteht. In der Begründung zu dem Gesetz ist ausgewiesen, dass in den Abwägungsprozess auch soziale Gesichtspunkte einzubeziehen sind (LT-Drs. 15/1680, Begr. zu Art. 1 Nr. 28). Diese sehe ich in den Gründen als erfüllt an, die den Bundesgesetzgeber veranlasst haben, auch die kommunalen Krankenhäuser als Gründer von medizinischen Versorgungszentren zuzulassen mit den Argumenten in der Begründung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zum Vertragsarztrechtsänderungsgesetz (BT-Drs. 16/2474, Begr. zu Art. 5 Nr. 6) wird diese Auflistung bestätigt.

II. Zulässigkeit einer Bürgschaft zugunsten der MVZ-Tochter-GmbH

Kommunalesrechtliche Bestimmungen stehen der Zulässigkeit einer Bürgschaftserklärung im Sinne des § 95 Abs. 2 Satz 6 SGB V durch die Krankenhauß GmbH nicht entgegen. Rechtsgeschaffen von selbständigen Unternehmen der Landkreise und Gemeinden stehen nicht unter der Zulassungsvorschriften des § 98 NGO und diese erlangen auch keine mittelbare Wirksamkeit, etwa durch die Maßgabenbestimmungen von § 109 NGO.


Auch die Kassenärztliche Bundesvereinigung gibt auf ihren Internet-Seiten entsprechend klare Hinweise (www.kbv.de; dort danach mit den Themen: Vertragsarztrecht, Vertragsarztrechtsänderungsgegesetz - FAQs).


Ich hoffe, dass Ihnen diese Auskünfte hilfreich sind.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrage

Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit

30002 Hannover

Vorstehende Abschrift übersende ich unter Bezahlung auf Ihr Schreiben vom 08.02.2008 - 108.32-150248-146 - mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Im Auftrage

Demuth